



Bornheim, den 29.03.2023

CDU Fraktion Bornheim

Gemeinsamer Antrag zur Prüfung von Vorfahrtsregelungen der Radpendlerroute an Knotenpunkten.

Bündnis 90/ Die Grünen
Stadtratsfraktion Bornheim

der Fraktionen CDU, B90/Die Grünen, SPD, UWG/Forum
(Reihenfolge der Fraktionen nach Größe)

SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Bornheim

UWG/Forum-Fraktion

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Hanft,

wir bitten Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Mobilitäts- und Verkehrsausschusses zu setzen.

Beschlussentwurf

Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung

1. Dem einstimmigen Beschluss aus dem StEA vom 29.06.2016 (Vorlage 378/2016-7) auch hinsichtlich der Bevorrechtigung des Radverkehrs gegenüber dem Kfz-Verkehr Rechnung zu tragen.
2. Zu prüfen, an welchen Knotenpunkten die Möglichkeit besteht der Radpendlerroute Vorrang einzuräumen.
3. Das Ergebnis der Prüfung im Mobilitäts- und Verkehrsausschuss vorzustellen und zu erläutern.
4. Dies in den laufenden Planungen und Bauausführungen zu berücksichtigen, beziehungsweise dort wo die Bauausführung bereits erfolgt ist, und noch keine mögliche Vorfahrt für die Radpendlerroute besteht, dies baulich umzusetzen.

Begründung

Die Radpendlerroute ist im Jahre 2016 im Sinne eines Radschnellweges zwischen Bornheim und Bonn beantragt und beschlossen worden. **Radschnellwege sind mit Bevorrechtigung auszugestalten.** Es sind von daher auch planfreie Querungen, signalgerechte Knoten und Vorfahrtsregelungen einzuplanen (Quelle: [https:// www.radschnellwege.nrw](https://www.radschnellwege.nrw)). Die Radpendlerroute orientiert sich an der Qualität der Radschnellwege und unterscheidet sich von diesen lediglich dadurch, dass sie nicht durchgehend 4m breit ist und keinen eigenständigen begleitenden Fußweg hat.

So heißt es dann auch in der Sitzung des Stadtrates vom 07.07.2016 TOP 6 Radpendlerroute 01
Erläuterungsbericht:

4 Anforderungsprofile Knotenpunkte

Die Gestaltung der Knotenpunkte soll sich stark an den Anforderungen des Radverkehrs orientieren. Das grundsätzliche Ziel aus dem Wettbewerbsbeitrag (s. Kapitel 1), den Radverkehr an den Knotenpunkten möglichst bevorrechtigt zu führen, wird beibehalten. (AB Stadtverkehr)

Siehe auch hierzu Skizze unter

Quelle: http://session.stadt-bornheim.de/bj/si0057.asp?_ksinr=979&toselect=18282

Eines der wesentlichen Erfordernisse sollte eine sichere, zügige und komfortable Nutzung sein. Er sollte eine möglichst kurze und direkte Verbindung zwischen Wohnstandorten, Arbeitsplätzen sowie Einkaufs- und Freizeitbereichen sein. Dem Radverkehr, insbesondere den BerufspendlerInnen sollte somit die Möglichkeit geboten werden für ihre täglichen Fahrten vom Auto aufs Fahrrad umzusteigen. Dieser Trend wird sicherlich durch die Entwicklung und die vermehrte Nutzung von E-Bikes in den letzten Jahren verstärkt.

Nun ist es aber kontraproduktiv, wenn die Nutzer der Radpendlerroute an jeder querenden Straße zum Halt gezwungen werden, und sich dadurch die Fahrzeiten verlängern. Auch ist es sicherlich nicht im Sinne einer Verkehrswende das hier dem Auto gegenüber dem Fahrrad eine privilegierte Position eingeräumt wird. Zusätzlich sehen wir hier ein Gefahrenpotenzial, da dem Nutzer der Radpendlerroute durch den sehr guten Ausbau der Strecke die Möglichkeit eines schnellen und kreuzungsfreien Vorankommens suggeriert wird, welche aber de facto durch die Vorfahrtsberechtigung der querenden Straßen nicht gegeben ist. Somit sehen wir hier ein erhöhtes Risiko für Radfahrer, welche grundsätzlich gegenüber dem Autofahrer eine schwächere Position im Straßenverkehr innehat.

Nach der StVO-Par 8 (1) Abs.1 ist es durchaus möglich durch entsprechende Beschilderung der Radpendlerroute gegenüber querenden Straßen Vorfahrt zu gewähren. Dies kann man zudem durch entsprechende bauliche Maßnahmen noch begleiten. Übrigens wird diese Praxis in unserer Nachbarkommune Brühl bereits umgesetzt, obwohl der Radweg an der Villebahn nicht den Status eines Radschnellweges hat. (Bilder als Anlage)

Lutz Wehrend und CDU-Fraktion

Markus Hochgartz und Fraktion Bündnis90/Die Grünen

Thomas Schmitz und SPD-Fraktion

Josef Müller und Fraktion UWG/Forum



L